

Bischof Dr. Dr. h.c. Markus Dröge

Impuls auf dem Berliner Demografie Forum 2015
“Solidarität in einer älter werdenden Gesellschaft”
Panel „Health and Solidarity“, 19. März 2015, 17 Uhr

I.

Sie haben mich als Bischof der evangelischen Kirche hier in der Region eingeladen. Der Name meiner Kirche macht bereits deutlich, warum das Thema „Demografie“ für mich von zentraler Bedeutung ist: „Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz“. Meine Kirche umfasst sowohl das dynamische und wachsende Berlin, als auch strukturschwache Regionen, die nach EU-Maßstab bereits als unbevölkert gelten und in denen Wölfe angesiedelt werden. Wir erleben die Spannung von sich sehr unterschiedliche entwickelnder Regionen in der Kirche selbst. Mein zentrales Thema ist deshalb die Frage nach der Solidarität. Wie gelingt es arm und reich, dynamische und strukturschwache Regionen, die jüngeren Generationen und die Älteren in einer Gemeinschaft zusammenzuhalten. Dieses Thema der Solidarität angesichts der aktuellen demografischen Herausforderungen hat heute Morgen bereits Minister Gröhe als Herausforderung angesprochen. Ich möchte nun danach fragen, welche Motivationskräfte für solidarisches Handeln es in unserer Gesellschaft gibt und wie sie gestärkt werden können.

II.

Zum Thema Demografie hat die EKD gemeinsam mit der Katholischen Kirche vor einem Jahr in der Stellungnahme „Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“ dafür plädiert, den demografischen Wandel nicht *nur* als Problem zu sehen, sondern auch die Chancen für die Gesellschaft zu entdecken. Zu der Frage, wie die Solidarität einer älter werdenden Gesellschaft gewahrt werden kann ohne die notwendigen Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkte zu vernachlässigen, gibt das Papier drei konkrete Anregungen:

Erstens: Durch Ausdifferenzierung in der Wahrnehmung des Alters. Alter ist nicht gleich Alter. Der Text unterscheidet drei Phasen: In der ersten Phase kann der Mensch überdurch-

schnittlich viel weitergeben, an Zeit, Erfahrung, Engagement. In der zweiten Phase kann der ältere Mensch noch selbstverantwortlich sein Leben in einem engeren Lebensumkreis gestalten. Erst in einer letzten Phase ist er wesentlich auf Hilfe anderer angewiesen. Unter dem Leitbild der Solidarität müssen die Phasen eins und zwei möglichst unterstützt und ausgedehnt werden. Das heißt: „Junge Alte“, die viel weitergeben können und wollen, müssen darin unterstützt, gefördert und gefordert werden. Die zweite Phase, in der selbstverantwortliches Leben noch möglich ist, muss ausgedehnt werden. Dies ist möglich, wenn unterschiedliche und auf spezielle Einzelbedürfnisse ausgerichtete punktuelle Unterstützungsmöglichkeiten geschaffen werden. Um Solidarität zu mobilisieren, muss also das Alter dringend differenziert betrachtet werden.

Zweitens: Weil starre Altersgrenzen durch die stark variierende Leistungsfähigkeit im Alter immer weniger plausibel werden, sind die Kirchen grundsätzlich offen für eine Anhebung des Renteneintrittsalters. Allerdings müssen dabei diejenigen geschützt und unterstützt werden, die z.B. aus Gesundheitsgründen nicht in der Lage sind, das angehobene Renteneintrittsalter zu erreichen. Eine solidarische Gesellschaft wird nur dann erhalten bleiben, wenn die Ausweitung der Lebensarbeitszeit „nicht als unangemessene Belastung, sondern als sinnvolle Inanspruchnahme der Erfahrung und Leistungsfähigkeit Älterer angesehen“ (W. Huber, Ethik, 2013, S. 268) werden kann. Das schweizerische Konzept eines differenzierten Renteneintrittsalters scheint mir deshalb in die richtige Richtung zu weisen.

Drittens: Solidarität erfordert aber auch ein Drittes: Jüngere Altersphasen dürfen nicht über Gebühr belastet werden. Zu einem solidarischen Miteinander der Generationen gehört auch „eine deutlichere Berücksichtigung des Beitrags, den Familien mit Erziehungs- und Pflegeleistungen erbringen“ (Gemeinsame Verantwortung, S. 38).

III.

Auf einen weiteren Punkt möchte ich hinweisen, der für mich als Bischof von besonderer Bedeutung ist:

Eine Studie der renommierten Bertelsmann-Stiftung ist im Jahr 2013 unter dem Titel „Verstehen was verbindet – Religiosität und Zusammenhalt in Deutschland“ der Fragestellung nachgegangen, was Religiosität zum Zusammenhalt der Gesellschaft leistet. Das Ergebnis ist eindeutig: Ich zitiere aus dem Fazit:

„Religiosität und religiöse Zugehörigkeit (haben) für den gesellschaftlichen Zusammenhalt eine grundlegende Bedeutung. Insbesondere am Aufbau des sozialen Kapitals (d.h. Vertrauen zu Menschen und Bereitschaft zu freiwilligem Engagement; M.D.) konnte dies gezeigt werden. Sowohl die Bereitschaft zum sozialen Engagement als

auch das zwischenmenschliche Vertrauen - ... - sind unter religiös gebundenen Personen höher als im Bevölkerungsdurchschnitt.“ (S.56)

Die Untersuchung hat sowohl christliche (katholische und evangelische) als auch muslimische Religiosität berücksichtigt.

Religion ist offensichtlich eine starke, wenn auch natürlich nicht die einzig mögliche Motivationskraft für solidarisches Handeln. Und deshalb ist es gesellschaftspolitisch weise, dass unser deutsches Religionsrecht es allen Religionsgemeinschaften ermöglicht, sich in Bildung, Kultur und sozialem Engagement einzubringen. Der Staat hat sich verpflichtet, dieses Engagement aktiv zu unterstützen und das heißt auch die Arbeit religiöser Träger im Sozial- und Gesundheitsbereich zu refinanzieren. Kirchliche Träger zeichnen sich dadurch aus, dass sie einen hohen Anteil ehrenamtlicher Arbeit einbringen können. So arbeiten im Bereich der EKD ca. 1 Million Ehrenamtliche. In der kirchlichen Diakonie mit ihren Krankenhäusern, Altenpflegeheimen, in der Behindertenhilfe und der vielfältigen sozialen Arbeit kommt auf einen beruflich Mitarbeitenden mehr als ein ehrenamtlich Mitarbeitender. (Die Diakonie hat etwa 450.000 Mitarbeitende und 700.000 ehrenamtlich Mitarbeitende.)

Menschen tun diesen freiwilligen Dienst, weil ihr Welt- und Menschenverständnis ihnen sagt, dass das Ökonomische kein letztgültiger Wert ist. Die Würde des Menschen soll als Wert der Ökonomie vor- und übergeordnet bleiben. Mit dieser Einstellung ehrenamtlich tätig sein zu können ist Teil der Lebensfreude. Wenn Ehrenamtliche allerdings spüren, dass sie ökonomisch verrechnet und als Kostensenker missbraucht werden, dann verlieren sie ihre Motivation. Nur wenn sie spüren, dass sie mit ihrem freiwilligem Dienst ein zusätzliches *Plus an Menschlichkeit* in ein grundsätzlich auskömmlich finanziertes Gesundheits- und Sozialsystem einbringen, nur dann werden sie ihre Motivation behalten. Dieses *Plus an Menschlichkeit* ist in doppelter Weise „unbezahlbar“: es ist ökonomisch kaum berechenbar und gleichzeitig von unschätzbarem Wert für die Lebenszufriedenheit der Menschen.

IV.

Ich fasse mein Statement zusammen:

Wenn angesichts des demographischen Wandels eine solidarische Gesellschaft erhalten bleiben soll, muss sich erstens zügig eine differenzierte Sicht auf die Altersphasen durchsetzen und müssen zweitens die gemeinwohlorientierten Werte und Motivationskräfte der Bürgerinnen und Bürger gestärkt werden. Nur so werden Bürgerinnen und Bürger weiterhin sowohl bereit sind, die notwendigen Sozialabgaben (und wenn notwendig in höherem Umfang) für ein funktionierendes Gesundheits- und Sozialsystem zu leisten als auch bereit sein, durch freiwillige Dienste dieses Gesundheits- und Sozialsystem zusätzlich zu unterstützen.

Die religiöse Motivation sollte in den aktuellen Herausforderungen dabei nicht unterschätzt werden.